

Der schwelende Konflikt

Dreißig Jahre nach dem Wende-Herbst 1989: Um die innere Einheit Deutschlands steht es schlecht

Thorsten Hinz

Die Wahlkampf-Parolen der AfD treffen bei Anhängern wie bei Gegnern einen empfindlichen Nerv. Losungen wie „Vollende die Wende!“ und „Damals wie heute. Wir sind das Volk“ wecken Assoziationen an den Umbruch des Jahres 1989. Sogar zu einer „‘Friedlichen Revolution’ mit dem Stimmzettel“ werden die anstehenden drei Landtagswahlen erklärt. Das ist eine auf Provokation geburstete Rhetorik. Im Wahlkampf braucht es nun mal griffige Formulierungen und einpragende Bilder. Mit ihrer Wortwahl stellen die Landesverbände in Brandenburg, Sachsen und Thüringen klar, daß es um grundsätzliche gesellschaftspolitische Weichenstellungen geht und sie sich nicht in Sekundarthemen  la klimagerechte Straßenbeleuchtung oder recycelbare Flüchtlingsunterkünfte erschöpfen wollen.

Die Parolen würden nicht verfangen, wenn sie keinen rationalen Kern besäßen. In den östlichen Ländern hat die Einsicht Platz gegriffen, daß Freiheit und Selbstbestimmung sich mit der Eingliederung in die Bundesrepublik keineswegs erfüllt haben. Viele Wähler haben den Eindruck, erneut einer politisch-ideologischen Fremdbestimmung ausgesetzt zu sein.

Im Westen, dem die Möglichkeit des Systemvergleichs fehlt, hat das falsche Bewußtsein durchschnittlich zwar einen höheren Grad der Verdinglichung erreicht. Dennoch handelt es sich um keinen primären Ost-West-Konflikt. In ganz Deutschland ziehen die Konfliktlinien des politischen Streits sich durch Freundeskreise, Familien, ja durch ein und dieselbe Person. Deshalb ist der Vorwurf, die Wahlkampfrhetorik der AfD würde das Land „spalten“, so falsch, wie er von den Machtinteressen derer bestimmt ist, die ihn erheben. Ein annähernder Konsens, eine „innere Einheit“, ist nur möglich, wenn die schwelenden Konflikte benannt und ausgetragen werden. Weil diese Kontroverse eine grundsätzliche Kritik an den herrschenden Zuständen, vulgo: am „System“, impliziert, bringt sie naturgemäß diejenigen in Rage, die sich darin etabliert haben.

Gewiß, wir haben einen Rechtsstaat, der aber in weiten Bereichen erodiert und in anderen das Gesetz nach politischer Zweckmäßigkeit auslegt. Ja, es gibt eine quantitative Medienvielfalt, doch die relevanten Sender, Verlage und Foren werden von einseitig konditionierten Haltungsjournalisten monopolisiert, die statt als Kontrolleure der Regierungspolitik als deren Transmissionsriemen und Komplizen auftreten. Daher kann man getrost von „Staatsmedien“ und im weiteren vom „politisch-medialen Komplex“ sprechen.

Natürlich sind die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit grundgesetzlich verbrieft, doch geduldete Pöbel- und Schlägertrupps haben es in der Hand, sie zu suspendieren, wenn Kritiker der aktuellen Politik sie in Anspruch nehmen wollen. Die Stasi-Zentrale in Berlin ist heute eine Gedenkstätte, aber gleichzeitig legt sich eine aus Steuergeldern gespeiste Überwachungs-, Kontroll- und Denunziationsstruktur über das Land, ein Netzwerk aus Stiftungen, Initiativen, halbgebildeten Experten und Medien, die tatsächliche oder vermeintliche Rechtsabweichler namhaft machen und sie vor die Wahl zwischen Berufsverbot oder öffentlicher Selbstkritik stellen. So wird massenhaft ein gebrochener Charakter generiert: der Untertan.

Natürlich gehören Kinder, die kein Wort Deutsch können, nicht in deutsche Grundschulen, weil sie die anderen nur daran hindern, das Lesen, Schreiben und Rechnen zu erlernen. Mit seiner Aussage hat der CDU-Politiker Carsten Linnemann eine Selbstverständlichkeit formuliert. Bildung, Wissen, überdurchschnittliche Intelligenz sind nun mal der einzige nennenswerte Rohstoff, über den Deutschland verfügt, weshalb er gehegt und gepflegt werden muß. Trotzdem wurde Linnemann umgehend vom Alarmgeschrei der Inklusionsfunktionäre und Antidiskriminierungs-Auguren übertönt: Ein aktuelles Beispiel von zahllosen, wie die Ideologie das Argument kujoniert und sich die Realität unterwirft.

Die heutige Bundesrepublik ist keine „DDR 2.0“, aber die Tendenzen sind eindeutig. Die Ursachen sind struktureller Natur. Die Existenz der DDR hatte sich nur in sozialen und ideologischen, nicht in nationalen Kategorien begründen lassen. Folgerichtig verschwand sie, als die sowjetische Besatzungsmacht sich von ihr zurückzog. Die Bundesrepublik verstand sich bei eingeschränkter Souveränität als Statthalter der ganzen Nation. Obwohl die letzte Entscheidung über den Ernstfall ebenfalls in den Händen äußerer Vormächte lag, versuchten ihre Politiker, die gesamtdeutsche Perspektive im Blick zu behalten und ein souveränes Deutschland zu antizipieren.

Was der Politik bis 1989 einigermaßen gelang, überforderte die Gesellschaft, insbesondere die Intellektuellen, welche die Politik – vor allem die Außenpolitik – als Kampffeld der Moral betrachteten. Nach der Wiedervereinigung entfaltete dieser romantische Enthusiasmus seine volle Wirkung. Die Debatten über die Golfkriege, den Jugoslawienkrieg, die Euro-Einführung, das Asylrecht wurden vorherrschend unter dem Gesichtspunkt geführt, welche Handlungsoption die wahre „Lehre aus der Geschichte“, insbesondere „aus Auschwitz“, sei.

Die moralisierenden Tendenzen haben sich zu einer regelrechten Ideologie ausgewachsen und die Grenzöffnung von 2015 vorbereitet, mit der der Staat die Schutzfunktion gegenüber seinem Volk aufgegeben hat. Schon finden sich Politiker, Juristen und Publizisten, die messerscharf nachweisen, daß der einzig verfassungskonforme Weg, der den Deutschen offenstünde, der Verzicht auf ihre ethnokulturelle Dominanz sei – im eigenen Land, wohlgemerkt. Vor diesem Hintergrund ist der Rückgriff auf die Parolen von 1989 legitim und das Gegenteil von plumper Wahlkampfretorik.

Bundeswehr und AfD

Die unsichtbare Armee

Dieter Stein

Friedrich Merz, CDU-Chef der Reserve, legte kürzlich empfindlich den Finger in eine Wunde, als er feststellte: „Wir verlieren offenbar Teile der Bundeswehr an die AfD. Wir verlieren Teile der Bundespolizei an die AfD.“ Merz habe diese Erkenntnis aus Gesprächen mit Angehörigen von Bundespolizei und Bundeswehr gewonnen, wie auch durch Informationen von Mitgliedern des Verteidigungs- und Innenausschusses. Sofort war der Aufschrei groß. Das sei doch wieder Wasser auf die Mühlen der AfD. Also nicht den blauen Elefanten im Raum beim Namen nennen?

Noch einmal Aufschwung hat die Debatte um diese Einschätzung gewonnen, als jetzt publik wurde, daß mit Joachim Wundrak der bislang ranghöchste Ex-Militär bei der AfD aktiv geworden ist. Wundrak, Generalleutnant und erst vor einem Jahr mit einem Großen Zapfenstreich in den Ruhestand verabschiedet, kandidiert für die AfD bei der Oberbürgermeisterwahl in Hannover im Oktober.

Wieder werden abgedroschene Argumente aufgewärmt, bei der Bundeswehr gebe es ein „Haltungsproblem“ (Ursula von der Leyen), es gebe zu wenig Prävention gegen Rechtsextremismus bei Armee und Polizei. Doch wieso sonst diese Absetzbewegung von den etablierten Parteien? Alle Mitarbeiter von Sicherheitskräften sind als erstes mit den Konsequenzen konfrontiert gewesen, die eine Politik unkontrollierter Massenmigration ausgelöst hat.

Es ist ein Gefühl aus Machtlosigkeit und Entsetzen, das Bundespolizisten, Soldaten und Kräfte von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz bis heute nicht mehr verlassen hat, seit sie mit ansehen mußten, wie beim Anschwellen der Migration 2015 durch die politische Führung operiert wurde. Daß die Regierung Merkel im „Willkommens“-Taumel die Sicherheitskräfte hinderte, so zu reagieren, wie es für einen normalen Staat üblich ist – die Grenzen zu sichern.

Joachim Wundrak schildert im Gespräch mit der JF diesen Prozeß der Entfremdung. Empfindlich für Soldaten ist schon seit langem darüber hinaus die fehlende Rückendeckung und Anerkennung für diesen Beruf. Die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat mit ihrem Vorschlag, Soldaten in Uniform kostenlos Bahn fahren zu lassen, deshalb ein richtiges Signal gegeben. Soldaten sind kaum noch sichtbar – weil sie es leid sind, in der Öffentlichkeit angepöbelt zu werden und zu erleben, wie gering ihr Dienst von Politikern geschätzt wird, insbesondere der Linken, von denen ihnen überwiegend Verachtung entgegenschlägt.

Vor wenigen Tagen marschierten Soldaten in Flecktarn durch Berlin. Es waren überwiegend Mitglieder des Reservistenverbandes, die mit einem Gedenkmarsch ihrer im Dienst gefallenen Kameraden gedenken wollten. Ein ungewöhnliches, ein rührendes, seltenes Bild.

Wir alle zahlen die Zeche

Öffentlicher Raum: Das Gefühl eines Verlustes von Sicherheit und Heimat manifestiert sich im Alltag

Anabel Schunke

Ich bin ein absolutes Sommerkind. Sobald es draußen warm genug ist, schlüpfe ich in meinen Bikini und fahre zum See. Oft verabreden wir uns zum Beachvolleyball.

Wenn es wie jedoch wie vor einigen Tagen nur knappe 20 Grad sind, trifft man neben uns Beachvolleyballern nur wenig andere Menschen am See. Ein paar Bücherwürmer, die alleine die Ruhe genießen, eine Handvoll Jogger und ein paar Familien – vorzugsweise mit Migrationshintergrund –, die gerne auch bei kühleren Temperaturen dort grillen, sowie gelegentlich Gruppen von „jungen Männern“, die man sonst eher im Freibad antrifft.

Kürzlich waren es gleich zwei dieser Gruppen. Neben uns nahezu die einzigen Menschen am See. Die erste Gruppe saß unmittelbar hinter mir am Spielfeldrand. Ich verstand kein Wort von ihrer Unterhaltung, weil sie untereinander kein Deutsch sprachen. Kurze Zeit später kam eine zweite, deutlich größere Gruppe hinzu, die es sich in unmittelbarer Nähe bequem machte. Mich störte das nicht. Schließlich war ich mit drei großen Männern dort.

Die Frage ist, ob mein Gefühl dasselbe gewesen wäre, wenn ich alleine dort gesessen hätte. Vermutlich nicht. Wahrscheinlicher ist, daß ich sogar gegangen wäre. Nicht, weil ich Männern oder Menschen mit Migrationshintergrund per se etwas Schlechtes unterstelle, sondern weil solche Situationen durch Gruppenstärke und fremde Sprache grundsätzlich schwer einzuschätzen sind. Noch dazu in einer Umgebung, in der außer Wiese und Wald nichts ist. Wüßte ich, daß es im Gespräch hinter mir um das Wetter geht, könnte ich zusätzlich Tonfall und Gestik einschätzen, wäre der Eindruck vielleicht ein anderer, aber so erzeugt das Ganze eine nicht zu kalkulierende Fremde, die nicht nur bei mir Unbehagen auslöst.

Dabei muß es sich nicht einmal um ein Szenario wie dieses handeln, in dem man auf sich allein gestellt ist. Ins Freibad gehe ich schon lange nicht mehr. Auch und vor allem, weil ich in nicht wenigen Freibädern als Deutsche ohne Migrationshintergrund mittlerweile ein Exot bin. Jemand, der niemanden um sich herum versteht. Weil es laut, anstrengend und damit wenig entspannend ist. Und weil es einen Unterschied zwischen hinterhergeworfenen Blicken angesichts einer schönen Frau im Bikini und einer Viehbeschau gibt, weil ich mich als Deutsche nicht so züchtig wie die eigenen Landsfrauen kleide und weil eigene Landsfrauen sowieso meist gar nicht ins Freibad gehen. Vielen, auch gut integrierten Deutschen mit Migrationshintergrund, geht es mittlerweile ähnlich. Ebenso meiden junge Frauen immer öfter die Freibäder aufgrund sexueller Belästigungen.

Vermeidungstaktik nennt sich das. Und sie beschränkt sich mitnichten nur auf Freibäder und hier auf „multikulturelle“ Hotspots wie das Berliner Columbiabad oder das zuletzt im Juni und Juli mehrfach geräumte Düsseldorfer Rheinbad, wo man ohnehin schon seit geraumer Zeit kaum noch Deutsche trifft. Was so vor sich geht, ist eine subtile, sukzessive Verdrängung der Deutschen aus dem öffentlichen Raum, die weder von den Medien noch von der Politik angemessen wahrgenommen wird, da sie, abgesehen von ein paar Ausnahmen, ohne große Schlagzeilen vonstatten geht.

Die Kölner Silvesternacht 2015/16 war bis dato das letzte und einzige Ereignis, nach dem lang und breit über die Okkupation des öffentlichen Raumes durch mehrheitlich junge Männer mit Migrationshintergrund diskutiert wurde. Das Problem: Noch immer werden solche großen Vorfälle in der medialen und politischen Öffentlichkeit als singuläre Phänomene wahrgenommen, deren Schrecken in dem Moment vorüberzieht, in dem derlei Ausschreitungen mit einem massiven Polizeiaufkommen eingedämmt oder ganz verhindert werden.

Der Verlust des öffentlichen Raumes vollzieht sich aber nicht nur punktuell im Rahmen größerer Ereignisse wie einer zeitlich und räumlich begrenzten Silvesterparty, sondern vor allem im Alltag eines jeden Bürgers. So steigt seit Jahren die Zahl von Orten, die er meidet. Das betrifft jene Parks, die sich zu reinen Drogenumschlagplätzen entwickelt haben, genauso wie Freibäder oder Spielplätze und Schulen.

Das zunehmende Gefühl eines Verlustes von Sicherheit und Heimat zugunsten eines vermeintlichen multikulturellen Miteinanders, das nur allzu oft aufgrund weltanschaulicher Differenzen keines ist, manifestiert sich eben nicht allein an schrecklichen Gewalttaten wie zuletzt in Frankfurt oder Stuttgart. Es beginnt im eigenen Alltag. Bei den Dingen, den Aktivitäten, den Orten, die wir plötzlich meiden, weil wir nicht zu den Menschen passen, die diese Räume für sich eingenommen haben und weil diese nicht zu uns passen. Weil es zu Auseinandersetzungen kommt, zu Drohungen und Belästigungen oder manchmal schlicht dazu, daß man sich in dem Land, in das man geboren wurde und in dem man aufgewachsen ist, plötzlich wie der Fremde fühlt. Weil Multikulti in der Realität funktionieren kann, es aber eben oft nicht tut. Vor allem dort, wo man als Deutscher bereits in der Unterzahl ist. Und weil sich dieser Effekt mit jedem Rückzug aus dem öffentlichen Raum weiter verstärkt.

Seit vielen Jahren wird das Miteinander so zum Nebeneinander ohne nennenswerte Berührungspunkte. Multikulti – das ist an vielen Orten nur noch etwas, das sich in den Träumen derer abspielt, die abgeschirmt in ihren Latte-Macchiato-Bezirken beim Poetry-Slam sitzen und sich für tolerante Kosmopoliten halten, weil sie ihren türkischen Gemüsehändler grüßen.

Die Zeche für ihre Träume zahlen andere. Zuerst diejenigen, die es in den sozial schwächeren Bezirken eh schon schwer genug haben. Dann die deutsche Frau, die irgendwann wie die muslimische Frau aus dem öffentlichen Raum zu verschwinden droht und anschließend all jene, die versuchen, sich dagegen zu wehren. Erst ganz

zuletzt trifft es uns alle. Auch jene in den Komfortzonen des deutschen Gratismuts. Zu spät ist es dann allemal.

Anabel Schunke, Jahrgang 1988, arbeitet als Model und freie Publizistin.

www.anabelschunke.com

Blinde Flecken

Debatte: Eine Erwiderung auf Bernhard Schlinks Thesen von der „Engführung des Mainstreams“

Günter Scholdt

Am 1. August 2019 erschien in der FAZ Bernhard Schlinks Artikel „Der Preis der Enge“, bei dessen Lektüre man nicht weiß, ob man sich ärgern oder freuen soll. Erfreulich ist das Plädoyer für mehr Offenheit gesellschaftlicher Kontroversen und seine Mißbilligung eines zu engen, moralistisch aufgepumpten Mainstreams. Die alternativlose Abschottung gegenüber nennenswerter Kritik in Sachen Immigration, EU, Euro, Klima, Gender etc. durch rigorose Ausgrenzung sowie Versuche, vieles Umstrittene fast an der Öffentlichkeit vorbei parlamentarisch abzunicken, schade dem Establishment selbst und treibe darüber Erbitterte ins rechte Lager. Auch dem Mainstream habe dies nicht gutgetan. „Als er weit, offen, vielfältig war, war er lebendig. Je enger er wurde, desto moralisch anmaßender und intellektuell langweiliger wurde er.“

So weit, so richtig. Doch bevor diese durch Beispiele belegte Konformismus-Schelte erfolgt, haben die Leser Feststellungen zu ertragen, die schlicht provozieren: „Daß man in Deutschland seine Meinung nicht frei äußern dürfe, stimmt nicht. So laut Rechte es beklagen, so klar widerlegen sie es. Pegida demonstriert, Sarrazin publiziert, Tichy bloggt, Tellkamp spricht, und die AfD ist in den Parlamenten, in Talkshows und auf der Straße zu hören. Sie alle üben ihr Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit aus, das ihnen kein Gesinnungskorridor, keine Political Correctness, keine von Gutmenschen geschwungene Moralkeule nimmt.“

Systematischer Terror gegen Rechtsalternative

Nun, ließe sich mit dieser tückischen Argumentationsfigur nicht auch belegen, daß es in der DDR kurz vor der Wende in Sachen Freiheit gar nicht so schlimm gewesen sein könne? Aber Schlink setzt noch eins drauf: „Wenn Rechte beklagen, man dürfte in

Deutschland seine Meinung nicht frei äußern, wollen sie nur den Bonus, den Opfer in unserer Gesellschaft genießen, auch für sich reklamieren.“

Schlink hat manches Kluge zur hiesigen Befindlichkeit geschrieben, insbesondere zur „Kultur der Denunziation“. Aber diese Feststellung ist eine Zumutung, getragen von peinlicher Sehschwäche als Folge zu großer Distanz von den häßlichen Niederungen des Alltags. Insofern wünschte man ihm zur diagnostischen Nachhilfe eine einzige Woche Rollentausch mit einer der alternativen „Unpersonen“, auf die unsere politisch-mediale Klasse unisono so lustvoll einprügelt. Wenn auch er einmal bei nonkonformistischen Äußerungen, Kundgebungen oder Parteitagungen angepöbelt, bespuckt oder körperlich behelligt würde, schwadronierte er gewiß nicht mehr vom „Genuß“ der Opferpose. Er ahnte dann wenigstens, was ausgegrenzte Familien durchstehen, deren Häuser beschmiert oder Autos abgefackelt werden. Er wüßte von rechtswidrig veröffentlichten Mails, Adressen, skandalösen Kontenkündigungen oder Hausdurchsuchungen. Und er könnte erfahren, was praktisch die gesamte hiesige Journaille verschwieg, wie jüngst in Halle, behördengestützt, der „antifaschistische“ gewaltgeile Mob gleich ein halbes Dutzend Grundrechte außer Kraft setzte.

Doch weiter in Schlinks Text, der auch eine aktuelle Umfrage zitiert, wonach sich die große Mehrheit der Deutschen vor „politisch korrekten“ Behelligungen nur mehr im privatesten Kreis gesichert fühlt. Daran aber – behauptet Schlink in kaum zu rechtfertigender Naivität – sei nicht der Staat schuld, sondern lediglich eine – letztlich aus respektablen Gründen erklärbare – Überreaktion von Politik und Gesellschaft. Staatliche Eingriffe in freiheitliche Grundrechte hingegen (wie etwa das Wunsiedeler Kundgebungsverbot des Bundesverfassungsgerichts zum Gedenken an Rudolf Heß) seien seltene Ausnahmen. „Die Behörden achten die Versammlungsfreiheit, und wenn sie doch eine Demonstration verbieten, heben die Gerichte das Verbot oft auf. Mit der Klage, man dürfe in Deutschland seine Meinung nicht frei äußern, hat es auch nichts auf sich, soweit es um die Betreiber sozialer Netzwerke geht.“

Schlink ist ein renommierter Schriftsteller und Rechtsprofessor. Aber diese (scheinbar von juristischem Sachverstand beglaubigte) Lageskizze wirkt als leichtfertige Apologie, die zwischen glattpolierter Justizfassade und tatsächlicher verstörender Rechtspraxis nicht unterscheidet. Man darf allerdings nicht so anspruchslos sein, Volldiktaturen zum Maßstab zu nehmen. Zwar haben wir keine offizielle Zensur wie unter Metternich und Co., sondern vornehmlich eine mit fast allen Mitteln operierende „zivilgesellschaftliche“. Wir schicken auch (noch) nicht kollektiv wie im Zuge der Karlsbader Beschlüsse angebliche „Demagogen“ auf Festungen. Aber es hagelt auch hier für „populistische“ Gedankenverbrecher Geld- und Gefängnisstrafen sowie faktisch Berufsverbote. Eine einseitig politisierte Justiz arbeitet sich vorwiegend an „rechten“ Propaganda-dadelikten ab, während der systematische Terror gegen Rechtsalternative weitgehend ungeahndet bleibt oder äußerst milde sanktioniert wird. Ein warnender Statistiker wie Emil Gumbel, der in den 1920ern die Rechtslastigkeit gerichtlicher Urteile schlagend nachwies, müßte heute das Umgekehrte konstatieren.

Zwar gibt es in schreienden Fällen gelegentlich höchstrichterliche Korrekturen wie vom Leipziger Verfassungsgericht, das der unverfrorenen Benachteiligung der AfD durch die sächsische Wahlleitung Grenzen setzte. Auch rügte das Bundesverfassungsgericht, daß Herr Haldenwang auf Geheiß seiner Arbeitgeber allzu forsch die AfD ins Visier nahm und diesen Vorgang auch noch rufschädigend hinausposaunte. Doch was sind solche sporadischen Reparaturen gegenüber galoppierenden juristischen Einschränkungen des Meinungskorridors. Denn mit einem ständig erweiterten Paragraph 130 Strafgesetzbuch wurden Tatsachen und atmosphärische Rahmenbedingungen geschaffen, die fast vergessen lassen, welche umfassenden Äußerungsmöglichkeiten ein ernstgenommenes Grundgesetz eigentlich gewährt.

Definitorische Unschärfe begünstigt Machtwillkür

Hinzu kommen rechtsstaatliche Mißgeburten wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das (halb-)staatlicher politischer Einflußnahme Tor und Tür öffnet. Die Justiz einer Demokratie ist jedoch nicht dazu da, regierungsunfreundliche Emotionen, Geschmacksniveaus, Welt- oder Geschichtsbilder zu verhindern, sondern die Einhaltung elementarer Spielregeln zu garantieren, nach denen gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden.

Auch sollte es einen Professor des Öffentlichen Rechts schaudern vor der gerichtlichen Entfaltung eines „Gutmenschentums“, das im Tugendterrorismus endet. Konkret zum Beispiel vor der verfassungsrechtlichen Kontaminierung des ehemals selbstverständlichen ethnischen Volksbegriffs oder der uferlosen Ausdehnung von Gesinnungstatbeständen wie „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, „Haß“ und „Hetze“, deren gummihafte definitorische Unschärfe fast jeglicher Machtwillkür Tor und Tür öffnet und durch EU-Recht noch verschärft zu werden droht. Die dahinterstehende Rechtsphilosophie ist verhängnisvoll und anmaßend. Selbst in einer Zeit, als der (linke) Terrorismus noch eine weit größere mörderische Dimension entfaltete, widersprach er vehement dem Kurzschluß, aus Fundamentalkritik straf- oder verfassungsrechtliche Verantwortlichkeit abzuleiten.

Wenn also eine dezidiert gewaltfreie Bewegung wie die Identitären durch einen liebedienerischen Verfassungsschutzpräsidenten als „extremistisch“ eingestuft wird, sollten alle demokratischen Alarmsirenen schrillen. Desgleichen wenn dafür bereits Indizien taugen wie der zweifellos vereinfachende, aber erhellend pointierende Slogan „Multikulti tötet“. Solche Obrigkeitssicht wittert ja schon unzulässige „Feindbilder“, wo gegen den UN-Migrationspakt agitiert wurde, den die Regierung, nur durch die AfD gehindert, ursprünglich am Volk vorbei ratifizieren wollte.

Hat sich Bernhard Schlink, der solche Gesinnungsherrschaft nicht für erwähnenswert hält, eigentlich verdeutlicht, wie dadurch nennenswerte Kritik am aktuellen Politikurs praktisch illegalisiert wird? Oder schaut er da einfach weg und ignoriert die Paradoxie, daß sich die vielbeschworene Demokratie durch so strangulierende

Redevoraussetzungen selbst außer Kraft setzt und die momentan größte Rechtsstaatsgefährdung von sogenannten Verfassungsschützern ausgeht?

Eine andere Erklärung deutet Schlinks irreführende Anfangsthesen lediglich als Salvationsklauseln gegenüber seiner nachfolgenden Kritik an unserer politisch-medialen Klasse. Vielleicht sind solche Vorreden inzwischen ja schlicht unerlässlich, um in „Qualitätsmedien“ überhaupt noch publizieren zu dürfen? Doch was bleibt von einer Kritik, wenn sie durch kontradiktorische Behauptungen so weitgehend entwertet wird?